

Würselener Initiative für den Frieden debattiert über Bundeswehrreform

Aachener Zeitung Online (ehg) | 27.07.2011, 16:58



Würselen. «Werden Wirtschaftskriege salonfähig?» Unter diesem Titel hat sich die Würselener Initiative für den Frieden mit der Bundeswehrreform und vor allem mit den Verteidigungspolitischen Richtlinien 2011 beschäftigt.

Sprecher Dr. Ansgar Klein forderte: «Stoppt den Waffenhandel.» Kriegswaffen und Rüstungsgüter dürften laut Grundgesetz nicht exportiert werden. Die Bundesregierung setze sich aber darüber hinweg. Dr. Klein rief auf, die «Aktion Aufschrei» zu unterstützen.

Gemeinsam müsse gegen den Export von Terror und Gewalt made in Germany zu Felde gezogen werden. Nichtregierungsorganisationen aus der Friedens- und Entwicklungsarbeit, kirchliche und gesellschaftliche Gruppen und Verbände hätten sich zusammengeschlossen, um ein Verbot der Rüstungsexporte zu erreichen. Ein Schritt zu diesem Ziel: 262.000 Unterschriften bis zur Bundestagswahl 2013.

Landesverteidigung

Unter drei verschiedenen Blickwinkeln wurden die Verteidigungspolitischen Richtlinien 2011 auf den Prüfstand gestellt. Otmar Steinbicker, Herausgeber des «Aachener Friedensmagazin», erinnerte daran, dass die Bundeswehr vor 55 Jahren zur reinen Landesverteidigung geschaffen worden sei. Es sei bis zum Ende des Kalten Krieges 1989/90 ihr Auftrag immer wieder mit einer Landesbedrohung begründet worden. Steinbicker bedauerte, dass die Chance zu einer Friedenslösung nach Beendigung des kalten Krieges nicht genutzt worden sei. Gegeben sei sie gewesen, zumal es keinen potenziellen Feind mehr gegeben hätte.

Auch in Libyen habe man erfahren müssen, dass es so schnell nicht gehe mit der Beendigung eines bewaffneten Konfliktes. Steinbicker: «Die Bundeswehr und die NATO können nicht leisten, was sie vorgeben.» Er sei nicht davon überzeugt, dass das Militär Frieden schaffen kann, sondern nur die Politik. Für ihn stelle sich die Frage, «ob wir überhaupt noch eine Bundeswehr brauchen».

Wie ihn die Verteidigungspolitischen Richtlinien 2011 in Gewissenskonflikte gebracht haben, stellte Offiziersanwärter Christian Neumann vom «Darmstädter Signal», einer Vereinigung kritischer Soldaten, dar. «Wir müssen das System ändern und dem Wachstum abschwören.» *(Ergänzung der Redaktion: Der zitierte Satz bezieht sich laut Christian Neumann ausschließlich auf das Wirtschafts- und Finanzsystem, zu dessen Geisel mittlerweile auch die Bundeswehr gemacht werde. ‚System ändern‘ beziehe sich in keinem Fall auf die Freiheitlich demokratische Grundordnung.)*

Verringerung der Armut

Damit sprach er Claudio Moser von Misereor, Abteilung Entwicklungspolitik, aus der Seele. Seit eineinhalb Jahren betreut er mittlerweile Projekte in Peru und in Ecuador, nachdem er zuvor in Brasilien tätig gewesen war. Die Politik verstehe die Entwicklungshilfe mehr und mehr als Mittel zur Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen. «Wir müssen bessere Lebensbedingungen für die Ärmsten der Armen schaffen», redete er nicht nur der Politik ins Gewissen. Durch den Abbau von Rohstoffen habe es keine Verringerung der Armut gegeben. Im Gegenteil: In Nigeria habe die Armut sogar zugenommen, seitdem dort Erdöl abgebaut werde. Für Moser liegt die Schlussfolgerung auf der Hand: «Wir brauchen auch aus diesem Grunde eine Energiewende und einen anderen Bezug zur Mobilität.»

Für Atempausen musikalischer Art sorgte die Sängerin «Blue Flower» mit ihren Antikriegsliedern.